



Österreichische Gesellschaft
für Europapolitik

Die EU-Zukunftsdebatte in den österreichischen Bundesländern

Das Meinungsbild der Kärntnerinnen und Kärntner

In Kooperation mit:



Unterstützt von:

ZukunftsFonds
der Republik Österreich

Dezember 2021

Inhalt

Einleitung	3
Die EU-Zukunftsdebatte in den österreichischen Bundesländern	4
Umfrage Kärnten	5
Ergebnisse	6
Allgemeines Interesse an der Politik in der EU	6
Persönliches Engagement in der EU-Zukunftsdebatte	7
Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf Kärnten	7
EU-Mitgliedschaft in Zeiten von Corona	8
Welche Themen sind für die EU am dringlichsten?	9
Mehr Entscheidungen auf europäischer oder nationaler Ebene?	16
Vertrauen in politische EntscheidungsträgerInnen	17
Pressespiegel	19
Bilder der EU-Zukunftstour in Kärnten	20
Resümee	21

Einleitung

2021/2022 werden in allen EU-Mitgliedstaaten im Rahmen einer **Konferenz zur Zukunft Europas** Debatten über die Neugestaltung der europäischen Integration organisiert. Beschlossen wurde dies schon im Juli 2019 im Zusammenhang mit der Wahl der von Ursula von der Leyen geführten Europäischen Kommission.¹ Unterschiedliche Auffassungen zwischen verschiedenen EU-Mitgliedstaaten und den EU-Institutionen über den Zusammenhang zwischen den Wahlen zum Europäischen Parlament – an denen sich 2019 so viele Bürgerinnen und Bürger wie lange nicht beteiligt hatten – und der Besetzung der neuen Kommission sowie ihres politischen Programms führten dazu, dass Fragen der Demokratie, Legitimität und Effizienz der europäischen Entscheidungsverfahren jetzt einer umfassenden Revision unterzogen werden. Die Konferenz zur Zukunft Europas soll EuropäerInnen zusammenbringen und jungen Menschen, der Zivilgesellschaft und den europäischen Institutionen als gleichberechtigten Partnern eine starke Stimme geben, wenn es um die Weiterentwicklung Europas geht.

Seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon Ende 2009 hat sich Europa und die Welt um Europa grundlegend verändert, weshalb eine erneute grundsätzliche Debatte um die Weiterentwicklung der EU notwendig erscheint: Die **globale Finanzkrise** hat ab 2010 die Verletzbarkeit der Europäischen Währungsunion, die unterschiedliche Wirtschaftskraft ihrer Mitgliedstaaten und das Fehlen einer stärkeren wirtschafts- und finanzpolitischen Zusammenarbeit schmerzlich vor Augen geführt. Der **Brexit-Prozess** hat gezeigt, dass die europäische Integration nicht selbstverständlich ist, sondern fundamental in Frage gestellt und sogar teilweise rückabgewickelt werden kann. Der **Klimawandel** und die damit einhergehende wirtschaftspolitische **Transformation** stellt die Union vor gänzlich neue Herausforderungen. Die **Präsidentenwahl in den USA 2016** war ein Weckruf für all diejenigen in Europa, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg in einer „Komfortzone“ unter dem sicherheitspolitischen Schutzschirm der USA eingerichtet hatten. Die Veränderung der Geopolitik durch **das wirtschaftliche Aufstreben Chinas** und **das Erstarken autoritärer Mächte in der unmittelbaren Nachbarschaft Europas** verlangen von der EU stärkeres, robusteres und auch eigenständigeres Handeln in ihren Außenbeziehungen, wenn sie ihre Werte und Interessen in einer unsicherer gewordenen Welt verteidigen möchte. Schließlich hält die **Corona-Pandemie** mit all ihren Folgen die gesamte Welt und damit auch Europa seit dem Frühjahr 2020 in Atem.

Vor allem die Corona-Krise, aber auch erhebliche geopolitische Verschiebungen, haben die Debatte um die Zukunft Europas wiederbelebt und um zahlreiche Themen erweitert. Der strukturelle, wirtschaftliche und soziale Wandel, den unser Kontinent derzeit im Zusammenhang mit der Pandemie erlebt, geht weit über die ursprünglich im Rahmen der Konferenz über die Zukunft Europas angedachten Reformen hinaus. Umso wichtiger ist es daher, gerade jetzt grundsätzlich über die Richtung zu diskutieren, welche die EU in den kommenden Jahren einschlagen soll; und angesichts der aktuellen politischen Lage auch sorgsam abzuwägen, ob eher institutionelle und kompetenzrechtliche Fragen im Mittelpunkt der Zukunftsdebatte stehen sollten; oder ob diese stattdessen verstärkt konkreten politischen Vorhaben (z. B. dem Grünen Deal, der Digitalisierung, der Europäischen Gesundheitsunion oder europaweit koordinierten Mindestarbeitsbedingungen) gewidmet sein sollte.

¹ Siehe: Eine Union, die mehr erreichen will. Meine Agenda für Europa. Politische Leitlinien für die künftige Europäische Kommission 2019-2024, Von der Leyen, Ursula (2019).

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/political-guidelines-next-commission_en_0.pdf

Die EU-Zukunftsdebatte in den österreichischen Bundesländern

Im Rahmen des Projekts „Die EU-Zukunftsdebatte in den österreichischen Bundesländern“, unterstützt durch den **Zukunftsfonds der Republik Österreich (Projektnummer: P21-4221)** erheben die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) und die Europäische Kommission das Meinungsbild der Bevölkerung in den neun österreichischen Bundesländern.

Auf Basis eines standardisierten Fragebogens (umfassend je 7 Fragen + Statistik) soll Einblick in das Meinungsbild der Bevölkerung der einzelnen Bundesländer zu Themen der europäischen Zukunftsdebatte gewonnen werden. Durch die Standardisierung des Frageprogramms ist es möglich, die einzelnen Bundesländerergebnisse punktgenau zu vergleichen sowie eine für Österreich gültige Gesamtanalyse zu erstellen.

Die Umfragen werden in Form von **Online-Erhebungen** durchgeführt, wobei bei jeder Einzelumfrage **600 Personen** befragt werden. Die Umfragen werden von **market** (www.market.at) durchgeführt und sind repräsentativ für die Bevölkerung des jeweiligen Bundeslandes nach Alter (16 bis 79 Jahre), Geschlecht, Region und Bildung.

Das Frageprogramm umfasst die Einstellung der Bevölkerung zu folgenden Themenbereichen:

- Allgemeines Interesse an der Politik in der EU
- Persönliches Engagement in der EU-Zukunftsdebatte
- Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft
- EU-Mitgliedschaft in Zeiten von Corona
- Welche Themen sind für die EU am dringlichsten?
- Mehr Entscheidungen auf europäischer oder nationaler Ebene?
- Vertrauen in politische EntscheidungsträgerInnen

Umfrage Kärnten

Die **Umfrage** im Bundesland Kärnten wurde vom **5. bis 11. Juli 2021** durchgeführt. 600 Personen (repräsentativ für die Kärntner Bevölkerung im Alter von 16 bis 79 Jahre, Geschlecht, Region und Bildung) wurden online von market befragt.

Die Umfrage wurde im Rahmen einer **EU-Zukunftstour** von Europäischer Kommission und Österreichischer Gesellschaft für Europapolitik präsentiert.² Im Lauf der Tour, die im Sommer/Herbst 2021 durch alle Bundesländer führen wird, waren Martin Selmayr, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, und Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), von 13. bis 18. September 2021 mit der Bahn und dem Fahrrad durch Kärnten unterwegs, um das Gespräch über Europa zu suchen.

Die Ergebnisse wurden am 15. September 2021 bei einer **Pressekonferenz** gemeinsam mit Landeshauptmann **Peter Kaiser** und **Barbara Lesjak**, Vizepräsidentin des Europahauses Klagenfurt, präsentiert.³



© LPD Kärnten/Hannes Krainz

² Siehe: Europa im Gespräch. Auf EU-Zukunftstour durch Österreich. <https://bit.ly/3H4RtEW>

³ Siehe: Kärntner wollen sich stark in EU-Zukunftsdebatte einbringen (APA-OTS, 15. September 2021), <https://bit.ly/3luG8oi>

Ergebnisse

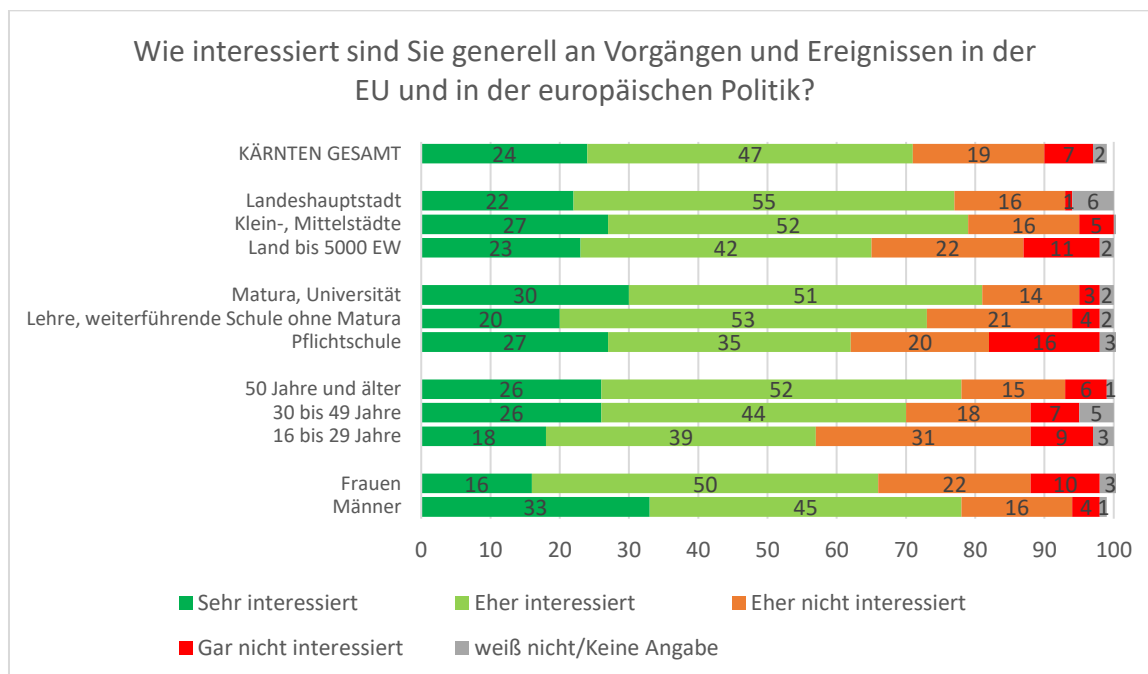
Allgemeines Interesse an der Politik in der EU

Fast drei Viertel der Kärntnerinnen und Kärntner zeigen sich in der Umfrage an „**Vorgängen und Ereignissen in der Europäischen Union und der europäischen Politik interessiert**“, davon 24 Prozent „sehr“ und 47 Prozent „eher“. Etwas mehr als ein Viertel ist dagegen „eher nicht“ (19 Prozent) oder „gar nicht“ (7 Prozent) daran interessiert.

Das Europa-Interesse ist unter Männern (78 Prozent „sehr/eher“) höher als bei Frauen (66 Prozent). Ebenso steigt das Interesse mit höherem schulischen Ausbildungsgrad: 81 Prozent der Befragten mit Matura/Universitätsabschluss bekunden Interesse, bei Personen mit Pflichtschulausbildung sind es 62 Prozent.

Je älter die Befragten sind, desto mehr sind sie auch an europäischen Entwicklungen interessiert. 78 Prozent der Personen 50+ zeigen sich interessiert, bei den 30 bis 49-Jährigen sind es 70 Prozent, für die jüngsten Befragten zwischen 16 und 29 Jahren gilt dies nur noch zu 57 Prozent. Vier von zehn Befragten in dieser Altersgruppe geben an, wenig oder kein Interesse am europapolitischen Geschehen zu haben.

Vergleichsweise gering ist das Europa-Interesse auch bei Befragten mit Pflichtschulabschluss (36 Prozent), in ländlichen Gemeinden (33 Prozent) und bei Frauen (32 Prozent).

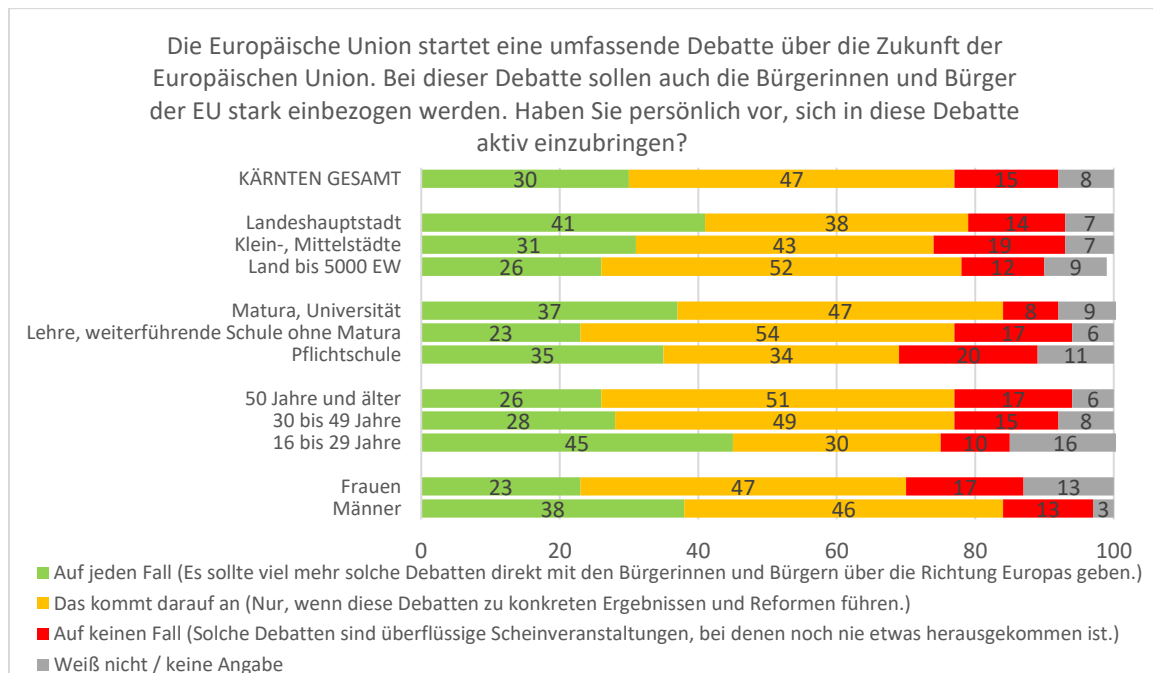


Persönliches Engagement in der EU-Zukunftsdebatte

Drei von zehn Befragten geben an, sich „auf jeden Fall“ an der im Mai 2021 gestarteten Debatte zur Zukunft der Europäischen Union beteiligen zu wollen und stimmen der Aussage zu, dass es „viel mehr Debatten mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Richtung Europas geben sollte“. 47 Prozent antworten, dass sie sich eine Beteiligung an der Zukunftsdebatte vorstellen könnten. 15 Prozent schließen das für sich generell aus skeptisch, 8 Prozent können zu dieser Frage nicht Stellung beziehen.

Die Bereitschaft, sich „auf jeden Fall“ an der EU-Zukunftsdebatte zu beteiligen, ist am stärksten bei dem Jüngsten im Alter von 16 bis 29 Jahren (45 Prozent), in der Landeshauptstadt Klagenfurt (41 Prozent), bei Männern (38 Prozent) und Befragten mit Matura/Universitätsabschluss (37 Prozent) ausgeprägt.

Am skeptischsten zeigen sich jene Befragten, die über einen Pflichtschulabschluss verfügen: Für 20 Prozent handelt sich bei der laufenden Zukunftsdebatte um eine „Scheinveranstaltung, bei der nichts herauskommen wird“. Auch KärntnerInnen in kleinen und mittelgroßen Städten (19 Prozent) schließen eine Teilnahme häufiger explizit aus.



Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf Kärnten

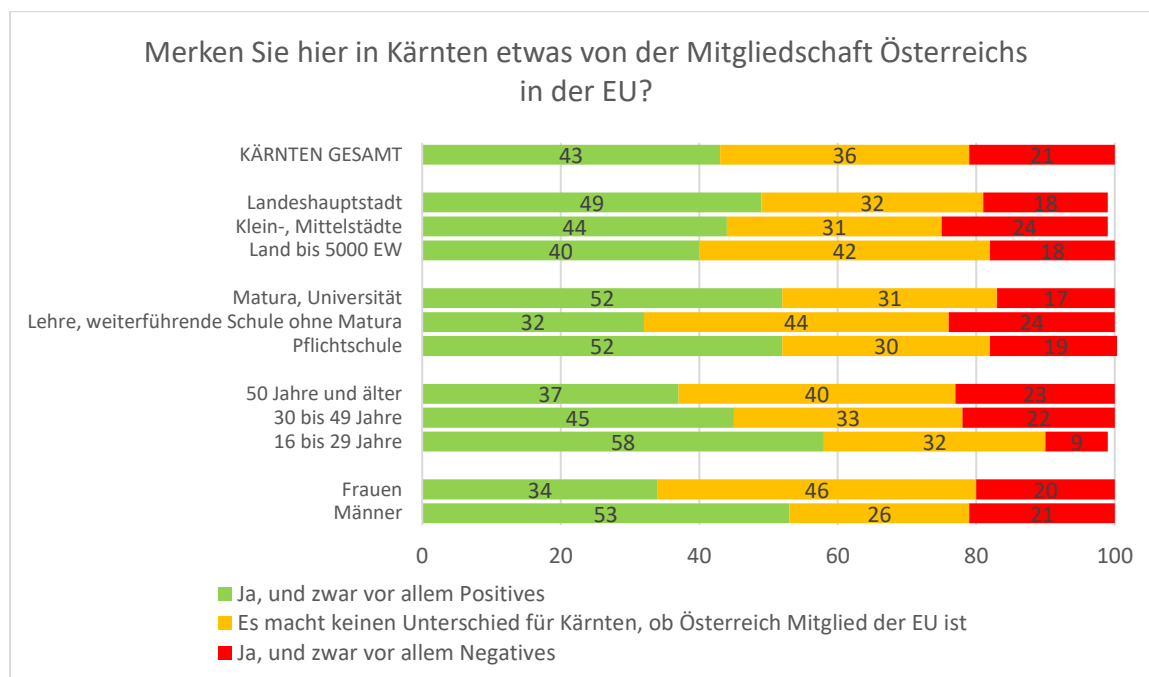
Wenn es um die **Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf Kärnten** geht, so sind 43 Prozent der Befragten überzeugt, dass sie durch die EU-Mitgliedschaft vor allem Positives im eigenen Bundesland bemerken, 21 Prozent sehen jedoch das Negative überwiegen. Etwas mehr als ein Drittel (36 Prozent) sagt, „es macht keinen Unterschied für Kärnten, ob Österreich Mitglied der EU ist oder nicht“.

Je jünger die Befragten sind, desto häufiger haben sie positive Assoziationen zur EU-Mitgliedschaft: 58 Prozent der 16 bis 29-Jährigen äußern sich in diesem Sinn, in der Altersgruppe 30-49 Jahre tun dies 45 Prozent, KärntnerInnen ab 50 sind nur noch zu 37 Prozent dieser Meinung.

Die Einstellung zur EU-Mitgliedschaft hängt auch vom Wohnort der Befragten ab: So äußert sich fast die Hälfte der KlagenfurterInnen (49 Prozent) in dieser Frage positiv, in kleinen und mittelgroßen Städten sind es 44 Prozent, in ländlichen Gemeinden nur mehr jede/r vierte Befragte.

Auffallend ist auch, dass Männer (53 Prozent) die Auswirkungen der Mitgliedschaft auf Kärnten deutlich positiver bewerten als Frauen (34 Prozent).

Je 52 Prozent der KärntnerInnen mit Matura/Uniabschluss sowie mit Pflichtschulausbildung beurteilen die Mitgliedschaft für Kärnten positiv. Hingegen sind Befragte mit Lehrabschluss/weiterführender Schule ohne Matura deutlich skeptischer. Ein knappes Drittel kann durch die Mitgliedschaft Positives für das Bundesland erkennen, 24 Prozent äußert sich jedoch explizit negativ.

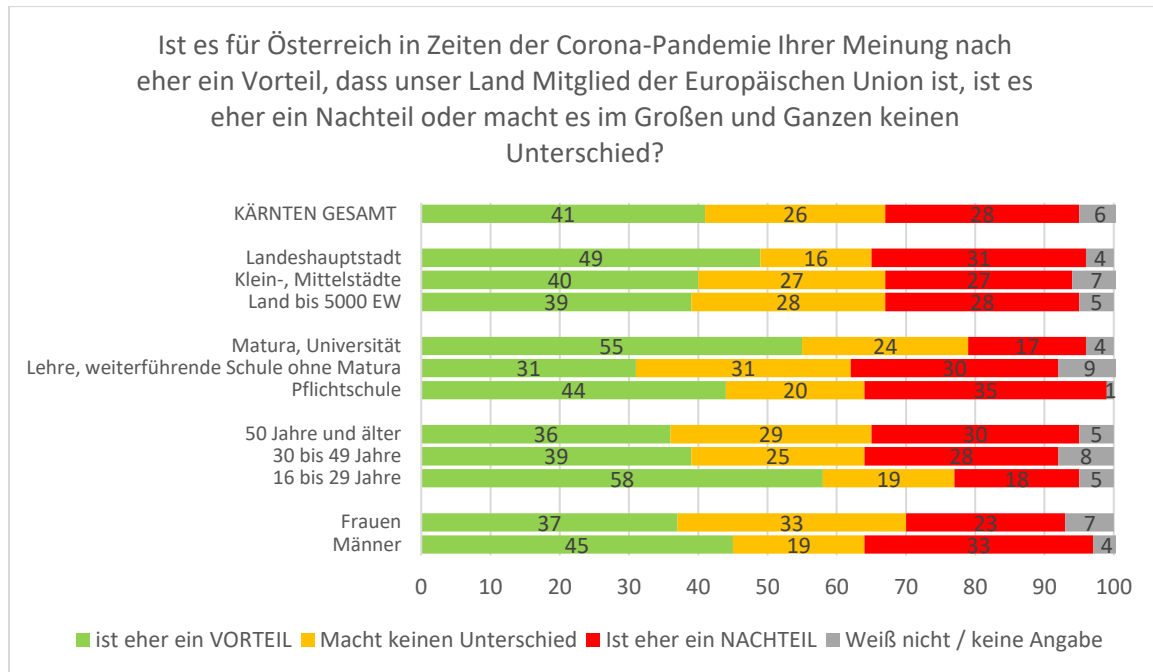


EU-Mitgliedschaft in Zeiten von Corona

41 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass es „in Zeiten der Corona-Pandemie für Österreich ein Vorteil ist, Mitglied der EU zu sein“. Für 28 Prozent ist es eher ein Nachteil, für 26 Prozent „macht es keinen Unterschied“.

Dass die EU-Mitgliedschaft vor dem Hintergrund der Pandemie ein Vorteil ist, geben junge Befragte im Alter zwischen 16 und 29 Jahren (58 Prozent) sowie Befragte mit Matura/Universitätsausbildung (55 Prozent) in besonders starkem Maße an. Auch BewohnerInnen der Landeshauptstadt Klagenfurt sind zu 49 Prozent dieser Ansicht.

Zu den größten SkeptikerInnen zählen in dieser Frage Befragte mit einer Pflichtschulbildung (35 Prozent), Männer (33 Prozent), Personen mit Lehrabschluss/weiterführender Schule ohne Matura sowie die Altersgruppe 50+, wo jede/r Dritte meint, dass die EU-Mitgliedschaft angesichts der Corona-Pandemie für unser Land einen Nachteil darstellt.



Welche Themen sind für die EU am dringlichsten?

Für die Kärntnerinnen und Kärntner steht die „**Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich**“ an erster Stelle jener Themen, denen sich die EU besonders annehmen soll. „**Klima- und Umweltschutz**“, „**die Eindämmung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen**“ sowie eine „**gemeinsame EU-Asyl- und Migrationspolitik**“ folgen etwa gleichauf.

Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich

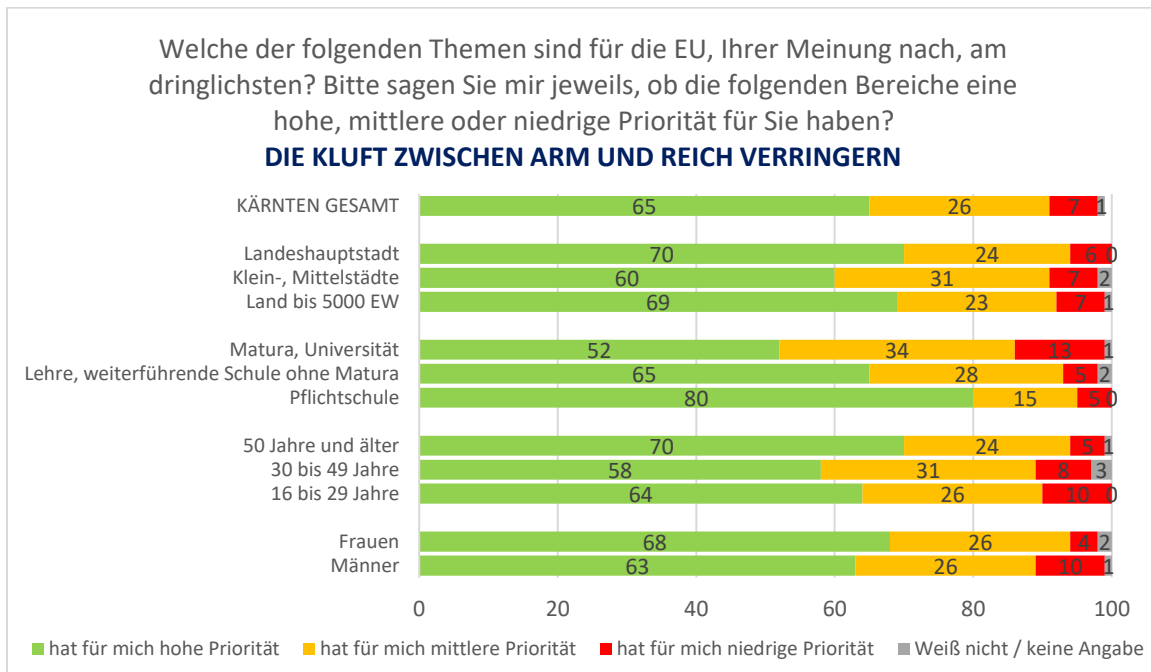
Für 65 Prozent der KärntnerInnen hat es „hohe Priorität“, dass sich die EU darum kümmert, die „**Kluft zwischen Arm und Reich zu verringern**“. Für 26 Prozent hat das Thema „mittlere Priorität“, für 7 Prozent „niedrige“.

Dieses Thema ist Befragten mit Pflichtschulabschluss ein besonderes Anliegen (80 Prozent), Personen mit Lehre/weiterführender Schule ohne Matura (65 Prozent) bzw. Matura/Uniabschluss (52 Prozent) halten es etwas seltener für vordringlich.

Sieben von zehn aus der Gruppe der über 50-Jährigen sowie der KlagenfurterInnen möchten, dass die EU diesen Punkt ganz oben auf ihre Agenda setzt, Frauen schließen sich dem zu 68 Prozent an.

Für Personen mit Matura/Universitätsabschluss hat diese Frage etwas weniger häufig (52 Prozent) allerhöchste Priorität, doch ist die auch die Zahl jener, die ihm geringe Wichtigkeit zusprechen, mit 13

Prozent sehr klein (der Rest von 34 Prozent antwortete, dass das Thema für sie „mittlere Priorität“ einnimmt).



Klima- und Umweltschutz

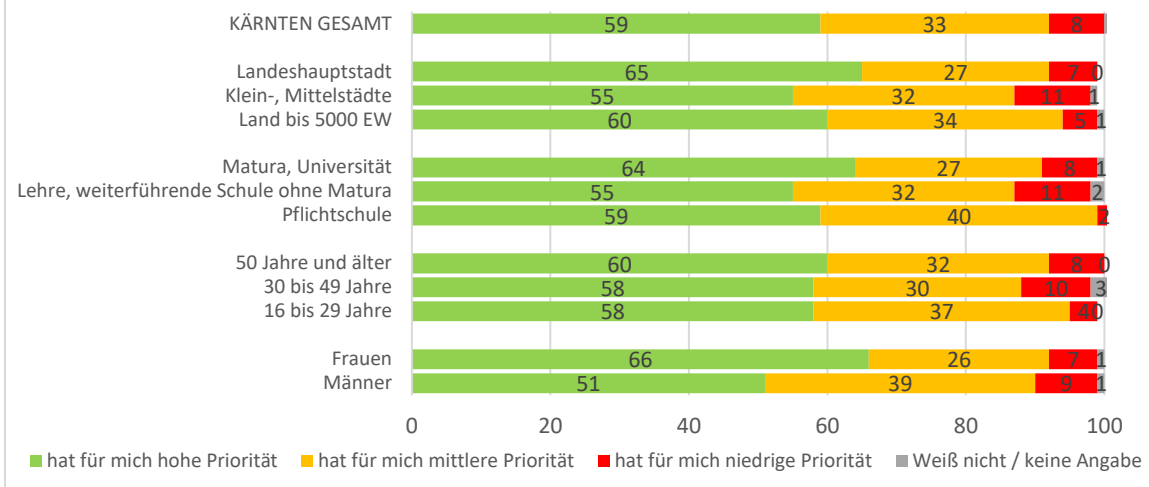
Knapp sechs von zehn Kärntner Befragten (59 Prozent) geben in der Umfrage an, dass der Klima- und Umweltschutz für die Europäische Union hohe Priorität haben sollte. Für 33 Prozent hat das Thema mittlere Priorität, 8 Prozent sehen es als nicht vordringlich an.

Frauen erachten das Umweltthema zu zwei Drittel als besonders wichtig, Männern lediglich zur Hälfte (51 Prozent). Stark präsent ist das Thema auch bei BewohnerInnen der Landeshauptstadt Klagenfurt (65 Prozent) sowie bei jenen Befragten, die über Matura bzw. Universitätsabschluss verfügen (64 Prozent).

In keiner Befragungsgruppe ist mehr als Zehntel der Ansicht, dass der Klima- und Umweltschutz von der Europäischen Union als Thema mit geringer Priorität angesehen werden sollte.

Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

KLIMA- UND UMWELTSCHUTZ



Eindämmung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen

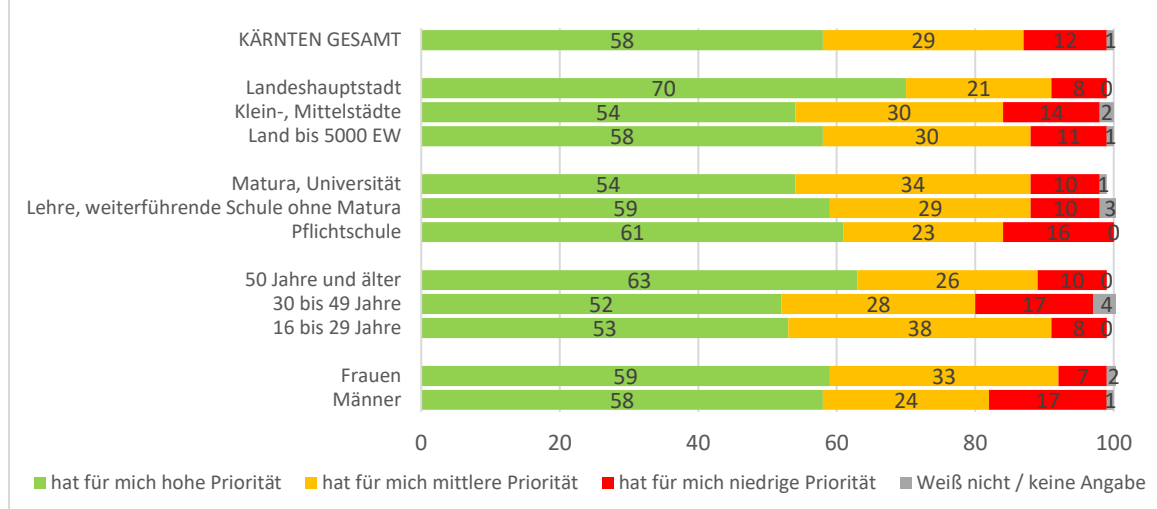
Knapp sechs von zehn Befragten in Kärnten (58 Prozent) ist es wichtig, dass die „**Eindämmung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen**“ von der EU auf der Prioritätenskala ganz oben angesiedelt wird. Für 29 Prozent hat das Thema „mittlere Priorität“, für 12 Prozent „niedrige“.

Der Kampf gegen die Folgen der Pandemie wird von 70 Prozent der KlagenfurterInnen als Top-Priorität für die EU angesehen, in der Altersgruppe 50+ schließen sich 63 Prozent dieser Einschätzung an.

Sonst sind quer durch die weiteren Befragungsgruppen nur geringe Unterschiede im Meinungsbild zu beobachten. Männer, die Altersgruppe 30-49 sowie Personen mit Pflichtschulausbildung sind vergleichsweise am häufigsten der Ansicht, dass die Corona-Bekämpfung für die Europäische Union an erster Stelle stehen sollte.

Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

EINDÄMMUNG DER CORONA-PANDEMIE UND IHRER FOLGEN



Einheitliche EU-Migrations- und Asylpolitik

Für 57 Prozent der KärntnerInnen ist „eine gemeinsame EU-Asyl und Migrationspolitik“ ganz oben auf der Prioritätenskala, für 30 Prozent hat sie „mittlere Priorität“. Nur 10 Prozent ist dieser Themenbereich weniger wichtig („niedrige Priorität“). 3 Prozent nehmen nicht Stellung.

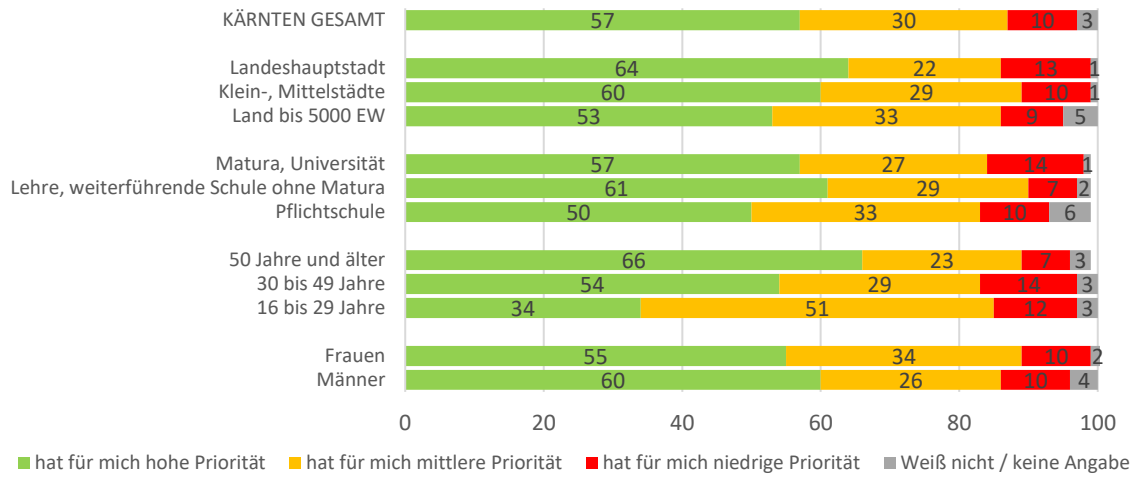
Je älter die Befragten sind, desto dringlicher scheint ihnen, dass die Europäische Union dieses Thema auf ihre Agenda setzt. Dieser Ansicht sind zwei Drittel der über 50-Jährigen, bei den 30 bis 49-Jährigen sind 54 Prozent dieser Ansicht, bei den Jüngsten im Alter von 16 bis 29 Jahren ist es nur mehr ein Drittel (34 Prozent).

Dem Thema wird in der Landeshauptstadt Klagenfurt mit 64 Prozent etwas stärker Priorität zugemessen, als dies in ländlichen Regionen der Fall ist (53 Prozent).

Befragten mit Lehrabschluss/weiterführender Schule ohne Matura ist das Thema zu 61 Prozent sehr wichtig und damit etwas häufiger als Personen mit Matura/Universitätsausbildung (57 Prozent) und KärntnerInnen mit Pflichtschulabschluss (50 Prozent).

Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

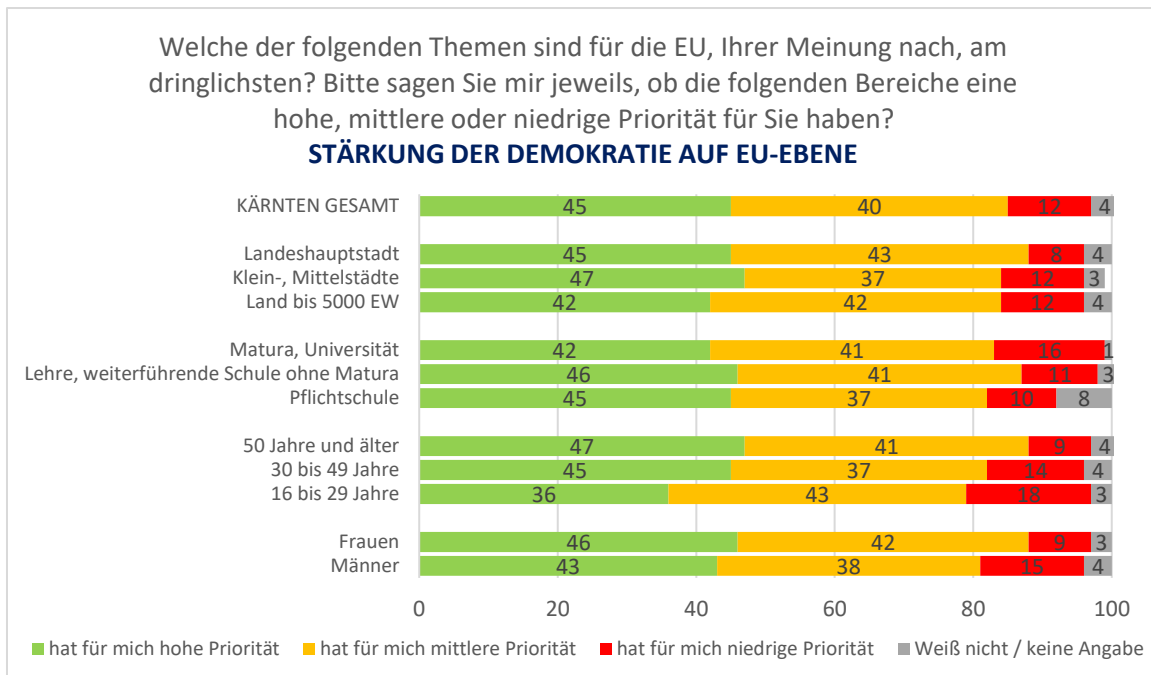
EINE EINHEITLICHE EU-MIGRATIONS- UND ASYLPOLITIK



Stärkung der Demokratie auf EU-Ebene

45 Prozent der Kärntnerinnen und Kärntner ist „die Stärkung der Demokratie auf EU-Ebene“ ein Anliegen, dem sich die Europäische Union in Zukunft vorrangig annehmen sollte. Für weitere 40 Prozent hat dieses Thema „mittlere“ Priorität. 12 Prozent sehen in mehr Demokratie für der EU keine Dringlichkeit, 4 Prozent geben keine Antwort ab.

Zu dieser Frage ist das Meinungsbild in Kärnten recht einheitlich: Einzig die 16 bis 29-Jährigen, die nur zu 36 Prozent eine Stärkung der Demokratie auf EU-Ebene als hohe Priorität für die Union bezeichnen und zu 18 Prozent dem Thema explizit „geringe“ Priorität zumessen, weichen vom durchschnittlichen Meinungsbild etwas ab.



Stärkung der Rolle der Regionen in der EU

Für 36 Prozent der befragten KärntnerInnen wäre es sehr dringlich, „**die Rolle der Regionen in der EU zu stärken**“. 45 Prozent meinen, dass dieses Thema für sie „mittlere Priorität“ hat, für 15 Prozent steht es nicht an vorderster Stelle jener Bereiche, welche die Union unmittelbar angehen soll. 4 Prozent können oder wollen diesen Punkt nicht beantworten.

Mit höherem Alter wird diesem Thema stärkere Bedeutung zugemessen. So hat für 43 Prozent der über 50-Jährigen eine Stärkung der Regionen „hohe Priorität“, bei den 30 bis 49-Jährigen gilt dies jedoch nur zu 32 Prozent, in der Altersgruppe 16 bis 29 Jahre lediglich zu 19 Prozent.

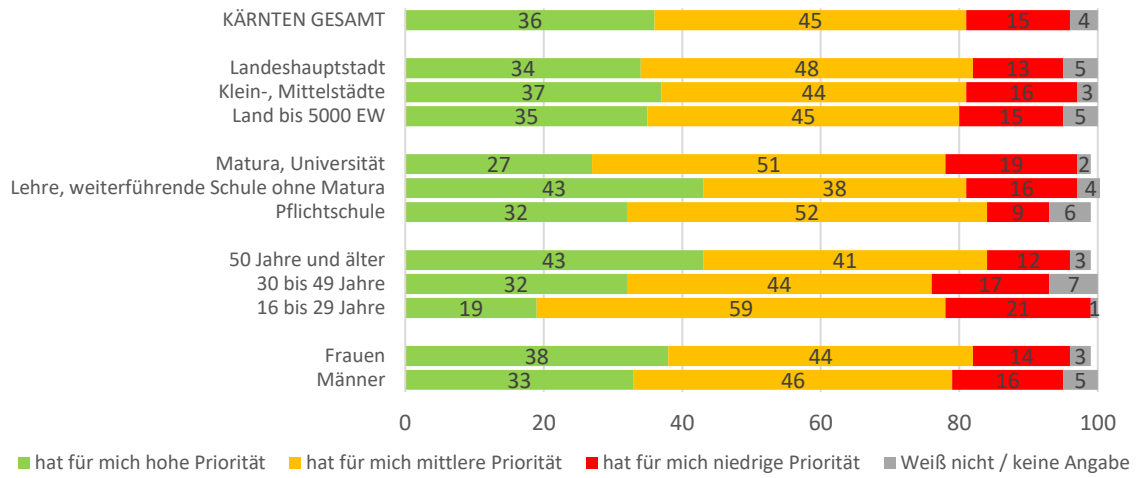
Befragte mit Lehrabschluss/weiterführender Schule ohne Matura sagen zu 43 Prozent, dass ihnen das Thema sehr wichtig ist, bei Personen mit Uniabschluss/Matura sowie Pflichtschulausbildung trifft das auf weniger als ein Drittel der Befragten zu.

Für 21 Prozent der 16 bis 29-Jährigen und 19 Prozent der Personen mit Universitätsabschluss/Matura hat eine Stärkung der Regionen sogar „geringe Priorität“.

Der Wohnort der Befragten spielt bei der Beurteilung dieser Frage keine relevante Rolle.

Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

DIE ROLLE DER REGIONEN IN DER EU STÄRKEN



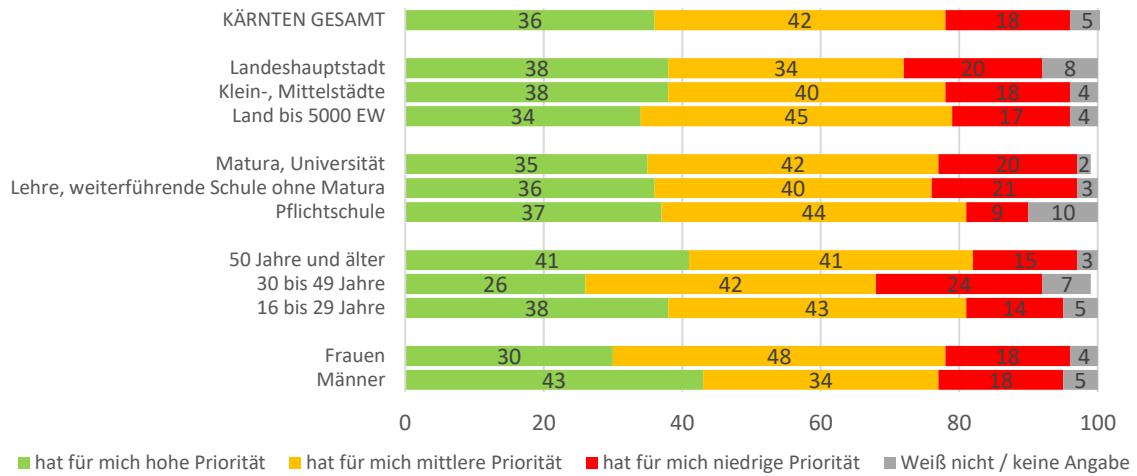
Stärkung der globalen Rolle der EU

Am Ende der Prioritätenskala steht für die Kärntnerinnen und Kärntner die **„Stärkung der globalen Rolle der EU“**. Für 36 Prozent hat dieser Bereich „hohe Priorität“, für 42 Prozent „mittlere“. 18 Prozent sagen jedoch, dass eine stärkere EU auf der Weltbühne ein Thema ist, das sich für die EU eher nachrangig stellt. 5 Prozent äußern sich wiederum nicht.

Dass die Europäische Union sich global stärker positionieren soll, ist Männern deutlich häufiger wichtig als Frauen (43 zu 30 Prozent). Befragte über 50 Jahre (41 Prozent) und im Alter von 16 bis 29 (38 Prozent) sehen darin deutlich häufiger eine Priorität für die EU als die mittlere Altersgruppe der 30 bis 49-Jährigen, für die dies nur zu 26 Prozent zutrifft, diesem Thema jedoch zu einem guten Viertel „geringe Priorität“ zuschreibt.

Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

DIE GLOBALE ROLLE DER EU STÄRKEN



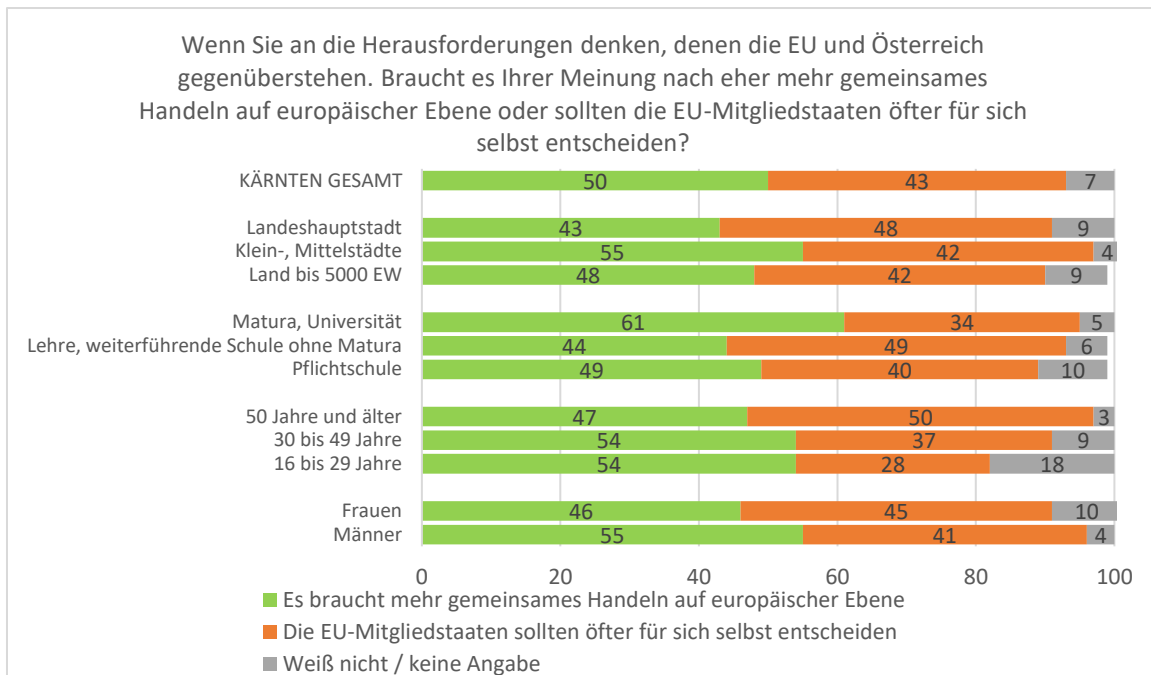
Mehr Entscheidungen auf europäischer oder nationaler Ebene?

50 Prozent der Kärntner Befragten sind der Ansicht, dass es „**mehr gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene**“ braucht, um die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen. 43 Prozent würden es jedoch vorziehen, dass in Zukunft die „**EU-Mitgliedstaaten öfter für sich selbst entscheiden**“ sollten. 7 Prozent nehmen zu dieser Frage nicht Stellung.

Für ein Mehr an gemeinsamen Entscheidungen treten vor allem jene Befragten ein, die über Matura bzw. eine Universitätsabschluss verfügen (61 Prozent). Auch Männer, KärntnerInnen in kleinen und mittelgroßen Städten (je 55 Prozent) sowie jüngere Befragte bis 49 Jahre (54 Prozent) schließen sich öfter dieser Meinung an.

Die größten Anhänger von mehr einzelstaatlichen Beschlüssen finden sich in der Gruppe der über 50-Jährigen (50 Prozent), bei Personen mit Lehrabschluss/weiterführender Schule ohne Matura (49 Prozent) sowie in der Landeshauptstadt Klagenfurt (48 Prozent).

Männer treten zu 55 Prozent für eine Verstärkung gemeinsamer Entscheidungen auf EU-Ebene ein, Frauen hingegen nur zu 46 Prozent.



Vertrauen in politische EntscheidungsträgerInnen

Wenn es um Entscheidungen geht, die die persönliche Zukunft betreffen, hat mehr als die Hälfte der Befragten (56 Prozent) das größte Vertrauen in EntscheidungsträgerInnen auf **regionaler Ebene** (also in Landesregierung und Landtag), 18 Prozent geben in dieser Frage der **nationalen Ebene** den Vorzug (also Bundesregierung, Nationalrat und Bundesrat), 12 Prozent nennen die **EU-Institutionen** (EU-Kommission, EU-Parlament, EU-Ministerrat). 14 Prozent nehmen nicht Stellung.

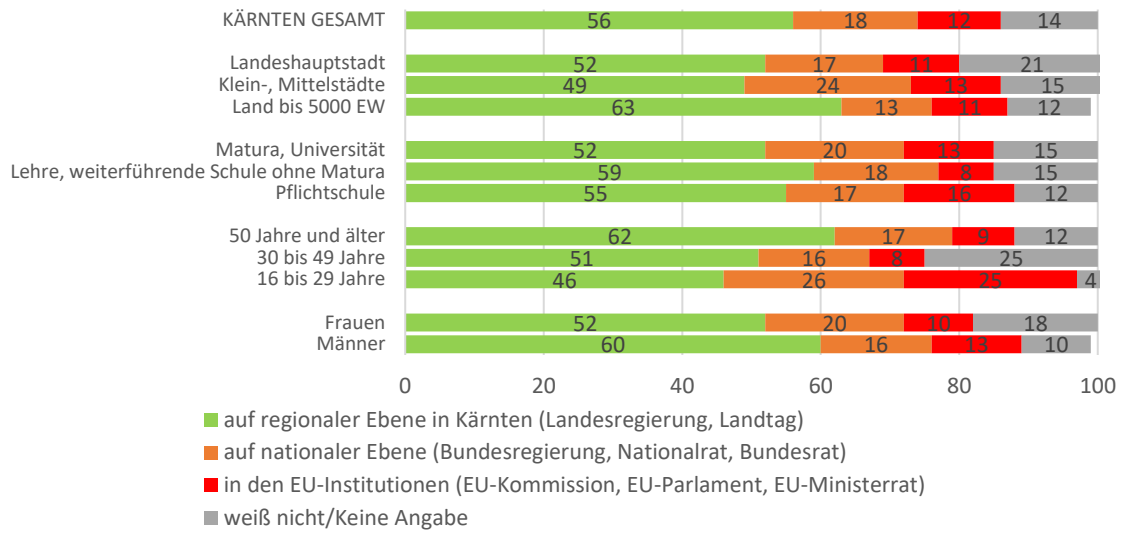
Am stärksten ausgeprägt ist das Vertrauen in **regionale Entscheidungsstrukturen** in ländlichen Gemeinden (63 Prozent), bei über 50-Jährigen (62 Prozent) und bei Männern (60 Prozent).

Das höchste Vertrauen in EntscheidungsträgerInnen **im Bund** findet sich bei den Personen zwischen 16 und 29 Jahren (26 Prozent) sowie in kleinen und mittelgroßen Städten (24 Prozent).

Die Vertrauenswerte in die **EU-Institutionen** sind mit Abstand in der Gruppe der 16 bis 29-Jährigen am höchsten: 25 Prozent sagen, dass sie in die EU am meisten Vertrauen haben, wenn es um Entscheidungen geht, die ihre persönlich Zukunft betrifft.

Einem Viertel der 30 bis 49-Jährigen fällt es schwer, in dieser Frage zu einer Entscheidung zu kommen, in ähnlich hohem Ausmaß gilt das auch für Personen, die in der Landeshauptstadt Klagenfurt leben (21 Prozent).

Bei politischen Entscheidungen, die meine Zukunft betreffen, habe ich das größte Vertrauen in die Entscheidungsträger/innen...



Pressespiegel

Kärntner wollen sich stark in EU-Zukunftsdebatte einbringen (APA-OTS, 15. September 2021)
https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210915_OTS0143/kaerntner-wollen-sich-stark-in-eu-zukunftsdebatte-einbringen-bild

Kärntner wollen sich stark in EU-Zukunftsdebatte einbringen (Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, 15. September 2021)
https://austria.representation.ec.europa.eu/news/kaerntner-wollen-sich-stark-eu-zukunftsdebatte-einbringen-2021-09-15_de

Kärnten bringt sich in EU-Zukunftsdebatte ein (Land Kärnten, 15. September 2021)
<https://www.ktn.gv.at/Service/News?nid=33315>

Drei Milliarden Euro von EU für Kärnten (ORF Kärnten, 15. September 2021)
<https://kaernten.orf.at/stories/3121509/>

EU-Befürworter sind vor allem weiblich (Kleine Zeitung, 16. September 2021)
<https://meinepaper.kleinezeitung.at/?issue=KLZ/20210916/KLAG/article/4E3E4C42-5EB5-4551-B091-751A7ED4785B>

Neue Ideen für Europa - Zwei EU-Radler machen sich auf Kärnten-Tour (Kronen Zeitung, 16. September 2021)
<https://www.krone.at/2508658>

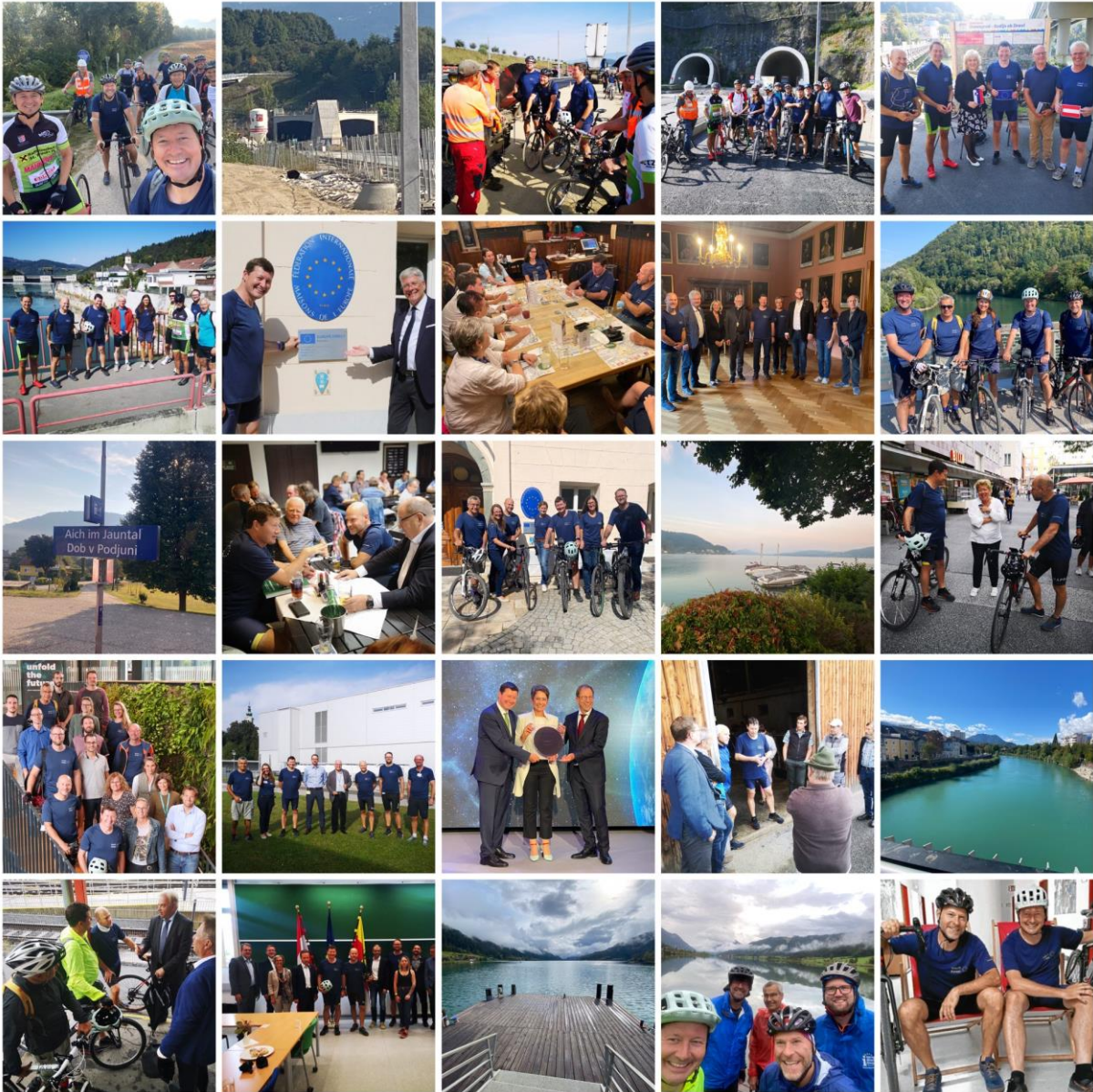
Kärnten bringt sich in EU-Zukunftsdebatte ein (Regionews, 16. September 2021)
https://www.regionews.at/newsdetail/Kaernten_bringt_sich_in_EU_Zukunftsdebatte_ein-398938

Zukunftstour: Delegation der EU besuchte den Campus Villach (5minuten.at, 23. September 2021)
<https://www.5min.at/202109428236/zukunftstour-delegation-der-eu-besuchte-den-campus-villach/>

Tour zur Zukunft Europas quer durch Kärnten (Unsere Gemeinden, Kärntner Gemeindebund)

Alpen-Adria-Universität schafft Bewusstsein für die EU (5min.at, 23. Oktober 2021)
<https://www.5min.at/202110440257/alpen-adria-universitaet-schafft-bewusstsein-fuer-die-eu/>

Bilder der EU-Zukunftstour in Kärnten



© Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich

Resümee

Die Ergebnisse der Kärnten-Umfrage wurden im Rahmen einer Pressekonferenz gemeinsam mit Landeshauptmann Peter Kaiser und Barbara Lesjak, Vizepräsidentin des Europahauses Klagenfurt, präsentiert. „Natürlich werden wichtige europäische Weichenstellungen in Brüssel und Straßburg gemeinsam mit den 27 Mitgliedstaaten in die Wege geleitet, aber der europäische Zug kann nur dann auf Schiene bleiben und sicher sein Ziel erreichen, wenn wir auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene an einem Strang ziehen“, sagte Martin Selmayr, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich. „Die österreichischen Bundesländer spielen eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der Zukunft Europas. Denn es sind die Regionen, wo Europa im Alltag gelebt wird. Ich freue mich daher sehr, dass Landeshauptmann Kaiser heute mit uns debattiert, wie Europas Zukunft im Sinne der Kärntnerinnen und Kärntner gestaltet werden kann.“

Gemäß der Umfrage hat die Kärntner Bevölkerung großes Interesse an Europa und sieht in der EU-Mitgliedschaft mehr Vor- als Nachteile. Drei von zehn Befragten geben an, sich „auf jeden Fall“ an der im Mai 2021 gestarteten Debatte zur Zukunft Europas beteiligen zu wollen und stimmen der Aussage zu, dass es „viel mehr Debatten mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Richtung Europas geben sollte“. 47 Prozent antworten, dass sie sich eine Beteiligung an der Zukunftsdebatte vorstellen könnten. Fast drei Viertel der Kärntnerinnen und Kärntner zeigen sich in der vom Zukunftsfonds der Republik Österreich unterstützten Umfrage an „Vorgängen und Ereignissen in der Europäischen Union und der europäischen Politik interessiert“, davon 24 Prozent „sehr“ und 47 Prozent „eher“. Besonders wichtig sei es, dass sich auch junge Menschen einbringen, betonte Selmayr. „Denn sie mussten in der Pandemie stark zurückstecken. Wir müssen ihnen jetzt gut zuhören. Junge Menschen geben sehr direkte Antworten und haben kreative Lösungsvorschläge. Europas Zukunft ist vor allem ihre Zukunft. Das neue Programm für junge Menschen, das EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen heute angekündigt hat, wird wichtige Impulse setzen.“

KärntnerInnen sehen EU-Mitgliedschaft positiv

Wenn es um die Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf Kärnten geht, so sind 43 Prozent der Befragten überzeugt, dass sie durch die EU-Mitgliedschaft vor allem Positives im eigenen Bundesland bemerken, für 21 Prozent überwiegt jedoch das Negative. Etwas mehr als ein Drittel (36 Prozent) sagt, „es macht keinen Unterschied für Kärnten, ob Österreich Mitglied der EU ist oder nicht“.

„Die doch recht positive Einstellung der Kärntnerinnen und Kärntner zur EU-Mitgliedschaft und das hohe Interesse an der EU-Zukunftsdebatte ist ein ermutigendes Signal und ein Auftrag, den direkten Austausch über Europa und Österreichs Stellung in der EU gerade jetzt zu verstärken. Angesichts der massiven Herausforderungen, welche die Corona-Pandemie mit sich bringt, und der immer akuter werdenden Notwendigkeit, die Klimakrise entschlossen anzugehen, braucht es rasche und entschiedene Schritte. Unsere Umfrage zeigt: Auch die Kärntnerinnen und Kärntnern drängen darauf, soziale Fragen und den Kampf gegen den Klimawandel ganz an die Spitze der Prioritätenskala zu setzen“, sagte ÖGfE-Generalsekretär Paul Schmidt.

Verringerung der sozialen Ungleichheit wichtigstes Thema

Für 65 Prozent der Kärntnerinnen und Kärntner steht die „Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich“ an erster Stelle jener Themen, denen sich die EU besonders annehmen soll. „Klima- und Umweltschutz“ (59 Prozent), „die Eindämmung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen“ (58 Prozent) sowie eine „gemeinsame EU-Asyl- und Migrationspolitik“ (57 Prozent) folgen etwa gleichauf.

Wenn es um Entscheidungen geht, welche die persönliche Zukunft betreffen, hat mehr als die Hälfte der Befragten (56 Prozent) das größte Vertrauen in Entscheidungsträger auf regionaler Ebene (also in

Landesregierung und Landtag), 18 Prozent geben in dieser Frage der nationalen Ebene den Vorzug (also Bundesregierung, Nationalrat und Bundesrat), 12 Prozent nennen die EU-Institutionen (EU-Kommission, EU-Parlament, EU-Ministerrat).

Rückfragehinweis:

Mag. Paul Schmidt
Generalsekretär
paul.schmidt@oegfe.at

Mag. Stefan Schaller
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
stefan.schaller@oegfe.at

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) | Rotenhausgasse 6/8, 1090 Wien |
Tel.: 01/533 49 99 | E-Mail: europa@oegfe.at | Web: www.oegfe.at